

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2014-04-14

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte

Bearbeiter/in: Jugendhilfeausschuss

Telefon:

Antrag Drucksache Nr.

01901/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Bildung eines Kinder- und Jugendrats (Drucksache 00661/2010)

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

1. Der Beschluss der Stadtvertretung zur Bildung eines Kinder- und Jugendrats aus dem Jahr 2011 (Drucksache 00661/2010) wird ausgesetzt.
2. Der Schweriner Jugendring e. V. wird gebeten, die bisher engagierten Jugendlichen weiter zu begleiten, mit dem Ziel möglichst viele Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Methoden und sozialpädagogischen Ansätzen für eine aktive Mitgestaltung und Einmischung in die Stadtpolitik zu gewinnen und so ggf. perspektivisch die Arbeit eines Kinder- und Jugendrates zu ermöglichen.
3. Im Rahmen der unter Beschlusspunkt 2 genannten Prozesse soll der Schweriner Jugendring e.V. das Konzept der Stadtvertretung überarbeiten und dafür Sorge tragen, dass politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Schwerin durch verschiedenen Formen Realität wird.
4. Der Jugendhilfeausschuss wird diesen Prozess begleiten und sich vierteljährlich berichten lassen.

Begründung

Der Prüfauftrag zur Bildung eines Kinder- und Jugendrats von 2007 (Drucksache Nr. 01529/2007) wurde im Mai 2011 zu einem Stadtvertreterbeschluss (Drucksache Nr. 00661/2010), mit dem ein Konzept zur künftigen Arbeitsweise des zu gründenden Kinder- und Jugendrates beschlossen wurde. Seitdem wird durch den Schweriner Jugendring e. V. versucht, dieses Konzept umzusetzen und nach einer Laufzeit von über zwei Jahren muss festgestellt werden, dass es sich nicht wie beschlossen verwirklichen lässt. Bisher haben sich nur wenige Kinder und Jugendliche für dieses Projekt begeistern können. Diese wenigen Kinder und Jugendlichen engagieren sich aber stark und möchten sich gerne weiterhin einbringen. Hierauf sollte in der weiteren Arbeit aufgebaut werden. Das im Beschluss der Stadtvertretung angestrebte Delegiertenprinzip ließ sich nicht in die

Tat umsetzen, der Betreuungsaufwand ist deutlich höher und Jugendliche sind nicht so bereitwillig, an Gremiensitzungen teilzunehmen, wie es beispielsweise der Seniorenbeirat ist. Die Überlegung den Stadtschülerrat in die Arbeit einzubeziehen stieß in diesem Gremium auf deutliche Widerstände.

Dennoch gibt es Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche an den politischen Entscheidungen in der Kommune zu beteiligen, z.B. durch jährliche Jugendforen und moderierte Gespräche zwischen Jugendvertretern und Kommunalpolitik. Die aktuelle Debatte zur Spielleitplanung und das Forum des Stadtschülerrates zeigen, dass Kinder und Jugendliche durchaus Interesse an Einbeziehung haben. Möglicherweise kann man Jugendliche über solch thematische Arbeit auch langfristig zu einem ständigen Rat begeistern, das muss aber von unten wachsen.

Inwieweit das durch die Stadtvertretung beschlossene Konzept des Kinder- und Jugendrates überhaupt das Interesse von Kindern und Jugendlichen trifft, sollte überprüft werden dürfen.

Der Jugendhilfeausschuss sollte in seiner zukünftigen Arbeit diesen Prozess intensiv begleiten und sich bei Erfordernis mit einer neuen Beschlussvorlage an die Stadtvertretung wenden. Oberste Priorität hat dabei die Zielstellung, mehr Kinder und Jugendliche aktiv in die Gestaltung der Stadtpolitik einzubeziehen.

Dem Jugendhilfeausschuss und der Stadtvertretung wird empfohlen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch in Zukunft ein Budget für diese Arbeit bereitzustellen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Peter Brill
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses